ÜNB

EEG-Umlage 2017 beträgt 6,88 Cent

[14.10.2016] Die Übertragungsnetzbetreiber haben jetzt die Höhe der EEG-Umlage 2017 bekannt gegeben. Sie beträgt 6,88 Cent je Kilowattstunde. Die Verbände nehmen die steigende Umlage zum Anlass, um die wichtige Rolle der Netze bei der Energiewende zu unterstreichen.

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) 50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW haben heute die Prognose der im Jahr 2017 zu erwartenden Einspeisung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie die daraus resultierende EEG-Umlage für 2017 veröffentlicht. Zudem wurde die EEG-Mittelfristprognose bekannt gegeben. Die EEG-Umlage 2017 wurde auf Basis von Prognosen unabhängiger Gutachter ermittelt. Danach ergibt sich für 2017 ein Umlagebetrag von 23,98 Milliarden Euro. Dieser resultiert aus der Vergütung der Anlagenbetreiber abzüglich dem Gegenwert durch Börsenerlöse sowie Berücksichtigung des EEG-Kontostands und der Liquiditätsreserve. Im Jahr 2017 liegt die EEG-Umlage bei 6,88 Cent pro Kilowattstunde. Damit steigt die EEG-Umlage um 8,3 Prozent (EEG-Umlage 2016: 6,354 Cent pro Kilowattstunde). Der Grund: Im Jahr 2017 wird eine um knapp 11 Terawattstunden (TWh) ansteigende Erzeugung an elektrischer Energie aus Erneuerbare-Energien-Anlagen erwartet (2016: 176 TWh, 2017: 187 TWh). Abzüglich der verminderten Börsenerlöse ergibt sich für das Jahr 2017 eine prognostizierte Deckungslücke von etwa 24,4 Milliarden Euro. Die Erlöse an der Börse sinken aufgrund des niedrigen Börsenstrompreises, der vor allem das Ergebnis der Einspeisung aus EE-Anlagen ist. Aus diesen Zahlen würde sich eine EEG-Umlage von in etwa 7 Cent ergeben. Das EEG-Konto ist mit 1,9 Milliarden Euro aktuell im Plus, was die EEG-Umlage rein rechnerisch um knapp 0,6 Cent pro Kilowattstunde senkt. Die Liquiditätsreserve federt beispielsweise wetterbedingte Schwankungen auf dem EEG-Konto ab. Die Liquiditätsreserve wurde mit 6 Prozent angesetzt und liegt damit im Jahr 2017 bei knapp 1,5 Milliarden Euro. Damit erhöht sie die EEG-Umlage um 0,4 Cent je Kilowattstunde. Die Ermittlung der EEG-Umlage erfolgte in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur (BNetzA), die die Aufgabe hat, die Ermittlung, Festlegung, Veröffentlichung und Weitergabe der EEG-Umlage zu überwachen. Für das Jahr 2021 wird eine installierte Leistung erneuerbarer Energiequellen von knapp 121 Gigawatt erwartet, wovon 92 Prozent auf Solar und Windenergie entfallen sollen. Die prognostizierte Jahresarbeit liegt für das Jahr 2021 dann bei über 224 TWh.

Steigende Netzentgelte erhöhen die Kosten der Energiewende

Die Branchenverbände nehmen die gestiegene EEG-Umlage vor allem zum Anlass, um auf die Notwendigkeit des Netzausbaus hinzuweisen. Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), kommentiert die EEG-Umlage 2017 wie folgt: „Die Kosten für die Umsetzung der Energiewende machen sich nicht mehr nur in der gestiegenen EEG-Umlage bemerkbar, sondern immer stärker durch die Steigerung der Netzentgelte.“ Der Stromnetzaus- und -umbau, vor allem aber auch der nicht stattgefundene Netzausbau verursache Ausgaben, die direkt auf die Energiewende zurückzuführen seien. So entstünden Kosten durch die Abregelung von Kraftwerken aufgrund fehlenden Netzausbaus. Die Abregelung von Erneuerbare-Energien-Anlagen ziehe kostspielige Entschädigungszahlungen nach sich. Gleichzeitig müssten jenseits des Engpasses Kraftwerke hochgefahren werden, was wiederum Kosten verursache. Diese Eingriffe seien in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, da der Ausbau der großen Stromtrassen nicht vorankomme. „Um das Tempo der Energiewende hoch zu halten und die finanziellen Aufwendungen zu begrenzen, brauchen wir eine

leistungsfähige Infrastruktur vor Ort“, sagt Reiche. Aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien werde das Thema Systemsicherheit und -stabilität künftig stärker eine lokale und regionale Aufgabe werden. Reiche: „Wir plädieren deshalb für einen zellularen Ansatz, in dem Strom, soweit möglich, lokal und regional erzeugt, gespeichert und verbraucht wird.“ Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sieht den Anstieg der EEG-Umlage als weiteres Signal für einen Reform-Druck bei der Erneuerbaren-Förderung: „Mit der EEG-Novelle 2017 ist ein erster sehr wichtiger Schritt gemacht: Die künftige Ermittlung der Förderung über Ausschreibungen wird zu einem deutlich kosteneffizienteren Ausbau der regenerativen Energien führen.“ Zudem brauche man ein Konzept zur langfristigen Weiterentwicklung des EEG in Richtung marktwirtschaftlicher Instrumente. In den vergangenen Tagen habe es aus vielen Richtungen Vorschläge für alternative Finanzierungsmodelle des Erneuerbaren-Ausbaus gegeben. Aus Sicht von Kapferer haftet allen die gleiche Schwäche an: Sie führten vor allem zu einer Umverteilung der Kosten in andere Bereiche wie Wärme und Verkehr, anstatt einen kosteneffizienteren Ausbau in den Mittelpunkt zu rücken. Mit Blick auf die aktuelle Strompreisdebatte verwies Kapferer auf die hohen staatlichen Steuern, Abgaben und Umlagen und die Netzentgelte. Ein alleiniger Blick auf Beschaffungskosten und EEG-Umlage greife hingegen zu kurz. Steigende Netzentgelte, mit denen in vielen Regionen noch gerechnet werden müsse, führte auch Kapferer zu einem großen Teil auf Netzeingriffe (Redispatch und Einspeise-Management) zurück. Diese Kosten würden die Netzbetreiber jetzt zeitversetzt an die Verbraucher weiterreichen. Und auch Kapferer kommt zu dem Schluss: „Ohne Netzausbau wird die stark schwankende Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien die Kosten weiter steigen lassen.“

(me)

Stichwörter: Politik, 50Hertz, Amprion, BDEW, BNetzA, EEG-Umlage 2017, Tennet, TransnetBW, VKU